

Kleine Anfrage 2116

der Abgeordneten Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Steuerliche Anrechenbarkeit von Erschließungsbeiträgen

Mit Urteil vom 15.08.2012 (**7 K 7310/10**) – **FG Berlin – Brandenburg und der Revision**, BUNDESFINANZHOF Urteil vom 20.3.2014, VI R 56/12, sind Erschließungsbeiträge als Aufwendungen für steuerbegünstigte Handwerkerleistungen auf die Einkommenssteuer anrechenbar. Nach § 35a Abs. 2 Satz 2 EStG in der für das oben benannte Streitjahr geltenden Fassung (a.F.) ermäßigte sich auf Antrag die tarifliche Einkommensteuer für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die „in einem inländischen Haushalt“ des Steuerpflichtigen erbracht werden (aktuell § 35a Abs. 3 EStG). Aus dem Merkmal „im Haushalt“ folgert die Rechtsprechung, dass die Leistungen im räumlichen Bereich eines vorhandenen Haushalts erbracht werden müssen (s. BFH, Urteil v. 13.7.2011 VIR 61/10).

Anschluss und Erschließungsbeiträge stehen im direkten „häuslichen Zusammenhang“ der betroffenen Grundstücke.

Wörtlich führt der Bundesfinanzhof aus:

„1. Auch die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen, die jenseits der Grundstücksgrenze auf fremdem, beispielsweise öffentlichem Grund erbracht werden, kann als Handwerkerleistung nach § 35a Abs. 2 Satz 2 EStG begünstigt sein (entgegen BMF Schreiben vom 10. Januar 2014 IV C 4S 2296b/ 07/0003:004, 2014/0023765, BStBl I 2014, 75).

2. Es muss sich dabei allerdings um Tätigkeiten handeln, die in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang zum Haushalt durchgeführt werden und dem Haushalt dienen. Hiervon ist insbesondere auszugehen, wenn der Haushalt des Steuerpflichtigen an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen wird.“

Der Anschluss eines Grundstücks stellt im Streitfall eine Modernisierung i.S. des § 35a Abs.3 EStG dar. Die Steuerermäßigung ist nicht auf Leistungen beschränkt, die genau innerhalb der räumlichen Grenzen des zu eigenen Wohnzwecken genutzten Grundstücks erbracht werden.

Vielmehr sind Erschließungsleistungen auch begünstigt, soweit die Arbeiten auf öffentlichem Straßenland vor dem Grundstück durchgeführt wurden. Dem Abzug der begehrten Ermäßigungen steht auch nicht entgegen, dass die Anschlusskosten den Beitragspflichtigen/Steuerpflichtigen von einem Träger öffentlicher Daseinsvorsorge durch Verwaltungsakt auferlegt wurden. Aus dem Gesetzeswortlaut lässt sich eine derartige Einschränkung nicht entnehmen.

Wiederholt berichten Bürger, dass sie Probleme mit der Anerkennung der Steuerermäßigung haben.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Wie erfolgt in Brandenburg die Umsetzung dieser Leitsatzentscheidung des Bundesfinanzhofes, durch das Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg und durch die Brandenburger Finanzämter?
2. Gibt es landesrechtliche Ausschlussgründe die einer Anrechnung von Erschließungsbeiträgen als steuerbegünstigte Handwerkerleistungen und damit der Leitsatzentscheidung des BFH entgegenstehen?
3. Wenn ja, welche sind das?
4. Wie hoch belaufen sich die geltend gemachten Steuerermäßigungen vor den Finanzbehörden des Landes Brandenburg?